

Bewährungsprobe Europas: Wettbewerbsfähigkeit in einer Welt im Wandel

Michael Hüther, Melinda Fremerey

*Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
Melinda Fremerey, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln*

Die Wettbewerbsfähigkeit rückt vermehrt in den politischen Fokus. In Zeiten geopolitischer Unsicherheiten, der Abkehr von der grenzenlosen Arbeitsteilung und sich wandelnden Wirtschaftsstrukturen muss die EU sich im Wettbewerb der Nationen als Wirtschaftsstandort behaupten. Bedeutsam sind dabei Standortaspekte, wie eine erfolgreiche, digitale und grüne Transformation bei knapper werdendem Humankapital, ein unvollendeter Binnenmarkt und eine unzureichende Verteidigungsfähigkeit. Eine hohe europäische Wettbewerbsfähigkeit kann nur durch den Binnenmarkt mit einer adäquaten Ressourcenausstattung und der Kooperation der Mitgliedstaaten erfolgen.

1. Einleitung: Umdenken in turbulenten Zeiten

Die Bedingungen der Industrialisierung haben sich im historischen Verlauf fundamental geändert. Die nachhaltige Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von den CO₂-Emissionen ist die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Europäische Union (EU) hat sich selbst das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden. Dabei erschweren der demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel die doppelte Transformation der Wirtschaft, die nicht nur die grüne, sondern auch digitale Dimension umfasst. Zudem rücken die aktuellen geopolitischen Spannungen und Kriege sicherheitspolitische Aspekte vermehrt in den Fokus. Die Zeit der Friedensdividende scheint weltweit zu Ende zu gehen.

Daher kommt dem europäischen Friedens- und Wohlstandsprojekt eine umso bedeutendere Rolle zu. Gleichzeitig gibt es weltweit Tendenzen zur Abkehr von der scheinbar unbehinderten grenzenlosen Globalisierung. Dies geschieht bei einem Systemwettbewerb zwischen China und den USA, der sich in den letzten Jahren zum Systemkonflikt verschärft hat. Das europäische Geschäftsmodell wird eingerahmt von dem auf einer umfassenden Subventionspolitik beruhenden Staatskapitalismus der Volksrepublik China und der durch die Biden-Administration vor allem mit dem Inflation Reduction Act (IRA) ausgelösten Re-Industrialisierung der USA. Die EU gerät in Gefahr, als geschädigte Dritte aus einem Handelskrieg zwischen den USA und China hervorzugehen. Das zeigt sich insbesondere an den aktuellen Spannungen infolge amerikanischer Zölle auf chinesische Elektroautos.

Vor diesem Hintergrund rückt die Debatte um die Qualität von Wirtschaftsstandorten und damit die Wettbewerbsfähigkeit wieder verstärkt in den wirtschaftspolitischen Fokus. Wenn der volkswirtschaftliche Wohlstand erhalten werden soll, muss die Wettbewerbsfähigkeit als wirtschaftspolitischer Leitstern verstanden werden, um alte Positionen zu überdenken und neue Prioritäten zu setzen. Dabei sind folgende Fragen zu beantworten: Wie hat sich das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit entwickelt? Was bedeuten die aktuellen Umbrüche für den Wirtschaftsstandort Europa? Welche Maßnahmen kann die EU ergreifen, um die Wettbewerbsfähigkeit in so unsicheren Zeiten zu festigen?

2. Wettbewerb der Nationen

Die Debatte um die volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erlebt derzeit eine Renaissance. Bereits vor 30 Jahren wurde das Konzept zum politischen Leitfaden wie zum Gegenstand kontroverser Debatten – sowohl diesseits als auch jenseits des Atlantiks. US-Präsident Clinton machte bei seiner Amtsantrittsrede im Januar 1993 deutlich, dass Investitionen und technische Innovationen „fast magisch“ mobil seien und eine Nation sich „ihren Lebensunterhalt in einem friedlichen Wettbewerb“ verdienen müsse (Clinton, 1993). Wenige Monate später betonte der damalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors die Notwendigkeit einer verstärkten Konzentration auf die Standortbedingungen der Europäischen Union (Delors, 1993). Er machte die im

Vergleich zu den USA und zu Japan mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der EU verantwortlich für die steigende Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten.

Kritik an einer vermeintlich politischen Überbewertung des Wettbewerbsfähigkeitsbegriffs kam von Paul Krugman. Er bezeichnete die Debatte um die Wettbewerbsfähigkeit als „Obsession“ (Krugman, 1994). Seiner Ansicht nach stünden Volkswirtschaften nicht wie Unternehmen im Wettbewerb, sodass wirtschaftlich starke Nationen weniger wettbewerbsfähige Volkswirtschaften nicht verdrängen würden. Gemäß dem Theorem der komparativen Vorteile spielen auch weniger gut ausgestattete Ökonomien im internationalen Handel und im Wettbewerb um Kapital eine Rolle. Krugman war der Meinung, das Wohlstandsniveau eines Landes hänge von der inländischen Produktivität und nicht von seiner Stellung auf den Weltmärkten ab.

Krugmans Kritik an der Wettbewerbsfähigkeit war nicht von den Erfahrungen einer kapitalgetriebenen Internationalisierung der Wertschöpfung und den daraus resultierenden störungsanfälligen Netzwerken geprägt. So argumentierte er für die Welt des Handels, nicht für die Welt der Kapitalmobilität. Aktuelle Entwicklungen, wie die geopolitischen Unsicherheiten und der Rückbau der internationalen Arbeitsteilung, erfordern jedoch einen nüchternen Blick auf die Globalisierung. Nationen stehen anders als Unternehmen im Wettbewerb, da es kein Nullsummenspiel auf diesem Markt gibt. Gleichwohl konkurrieren Volkswirtschaften um mobiles Finanz- und Humankapital, wobei Letzteres zumindest in der EU knapper wird. Das Konzept der Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften hatte sich entsprechend in Deutschland bereits vor Krugman durchgesetzt (z.B. Sachverständigenrat 1988 und 1995).

3. Veränderte Vorbilder und Standortanforderungen

Die Kontroverse um das Paradigma der Wettbewerbsfähigkeit hat sich ebenso gewandelt wie die Vorbilder und die Indikatoren zur Messung selbst. In der kontinuierlich veröffentlichten Datenreihe zur Bewertung der Standortqualität (dem Competitiveness Ranking des Instituts for Management Development, IMD) führte zu Beginn der 1990er-Jahre Japan durch seine hohe Produktionsleistung und Qualitätsstandards das Ranking an. Die USA übernahmen im Jahr 1994 dessen Spitze und galten für die folgenden 15 Jahre als etabliertes Vorbild

für Wettbewerbsfähigkeit. In den 2010er-Jahren stiegen Singapur und Hongkong als Finanz- und Handelszentren auf. Seit 2020 wechseln sich mit Singapur, Schweiz und Dänemark immer wieder die Länder an der Spitze des Rankings ab (Tabelle 1). Damit hat 2022 erstmals ein EU-Mitgliedstaat eine internationale Führungsposition übernommen.

Während es in der Hochzeit der Debatte um die Wettbewerbsfähigkeit – Mitte der 1990er-Jahre – anerkannte Erfolgsmuster im internationalen Standort-Ranking gab, gibt es aktuell kein ideales Vorbild mehr. Die beiden größten Volkswirtschaften und Protagonisten des Systemkonflikts, China und die USA, erscheinen als vielversprechende Kandidaten, bewähren sich aber nicht beim Vergleich erweiterter Indikatoren; insbesondere hinsichtlich ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer sowie gesellschaftlicher Stabilität und Resilienz (Fremerey und Sommer, 2023). Da es an eindeutigen Vorbildern mangelt, gibt es auch keine einheitlichen Orientierungspunkte für gelungene Fördermaßnahmen oder geeignete Politikstrategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Orientierung an vorteilhaften Politiken wird umso schwieriger, da sich auch die Standortindikatoren mit der Zeit wandeln. Die Veränderung der Indikatoren des World Competitiveness Ranking spiegelt den Wandel ökonomischer Debatten und der Rolle des Staates wider. So fiel mit der globalisierten Arbeitsteilung die Messung der Produktion aus der heimischen Grundstoffindustrie weg, und aus der Kategorie *Staatseingriff* und *Vorherrschaft des Staates* wurde die *staatliche Effizienz*. Standortindikatoren sind somit nicht beliebig, sie

Tabelle 1. Erstplatzierte im IMD World Competitiveness Ranking.

Jahr des Rankings	Erstplatzierte
1989–1993	Japan
1994–2009	USA
2010	Singapur
2011	USA/Hongkong
2012	Hongkong
2013–2015	USA
2016	Hongkong
2017, 2018	USA
2019, 2020	Singapur
2021	Schweiz
2022–2023	Dänemark

Anmerkung: Für die Jahre 1989–1994, 2002–2003 wurde im Ranking zwischen Industrienationen und Schwellenländern bzw. Länder mit über/unter 20 Mio. Einwohner unterschieden. Ausgewiesen sind die Erstplatzierungen der Industrienationen und Länder mit über 20 Mio. Einwohner.

Quelle: IMD World Competitiveness Rankings.

sind aber Ausdruck des Zeitgeistes und jeweils empfundener Probleme (Hüther et al., 2024).

Die multiplen Ziele und Megatrends unserer Zeit erfordern neue Indikatoren zur Messung der Wettbewerbsfähigkeit. Denn anders als in den 1980er- und 1990er-Jahren ist nicht mehr die Unterbeschäftigung die zentrale Herausforderung, sondern die Sicherung der Fachkräfteversorgung oder gar der Arbeitskräfteausstattung (Arbeitsvolumen und Migration) sowie die Steigerung von Kapitalinvestitionen und Produktivität. Des Weiteren stellen die Transformation per Termin (Klimaneutralität 2050 in der EU), die Abkehr von der weitgehend unbehinderten Globalisierung sowie die geopolitischen Unsicherheiten die Wettbewerbsfähigkeit vor neue Herausforderungen, die über rein wirtschaftliche Aspekte hinausgehen. Standortbedingungen für eine erfolgreiche Dekarbonisierung der Wirtschaft (erneuerbare Energie und Überbrückungshilfen zum Umbau des Kapitalstocks), demokratische Resilienz (dem Rechtsruck entgegenstehende, starke politische Institutionen) und zivilgesellschaftliche Bindungskraft (geringe Polarisierung und hohes soziales Engagement) gewinnen an Bedeutung. Die äußere Sicherheit sowie die Souveränität prägen nunmehr die Standortdebatte und gelten als wichtige Bedingungen für einen attraktiven Wirtschaftsstandort.

4. Zur Stärkung europäischer Wettbewerbsfähigkeit

Der Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit geht in Europa einher mit einer neuen Prioritätensetzung und standortpolitischen Überlegungen. Die bisherige Europäische Kommission konzentrierte sich im Rahmen des Green Deal auf den Dekarbonisierungsprozess. Nun soll die grüne Transformation um die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes erweitert werden. Denn: Zwar fördert die ambitionierte Klimapolitik des Green Deal die Ressourcenproduktivität, jedoch bleibt die Arbeitsproduktivität davon unberührt. Hier ist eine der Schwächen Europas auszumachen: Im Zeitraum von 2020 bis 2022 verzeichneten die USA trotz der Pandemie im Mittel eine doppelt so hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität (gemessen am BIP pro geleistete Arbeitsstunde) im Vergleich zur EU, mit einem durchschnittlichen Anstieg von 1,47 % in den USA im Gegensatz zu 0,76 % in der EU (eigene Berechnungen, OECD, 2024).

Mit dem Inflation Reduction Act (IRA) startete zudem eine wirtschaftspolitische Initiative in den USA,

die darauf abzielt, die Dekarbonisierung parallel zur Förderung der Wiederaufnahme von Industrieaktivitäten und unter der Bedingung gesicherter Wettbewerbsfähigkeit voranzutreiben. Der Net Zero Industry Act war ein erster Versuch der EU-Kommission, auf den IRA zu reagieren. Die Berichte von Enrico Letta zur Zukunft des EU-Binnenmarktes und von Mario Draghi zur europäischen Wettbewerbsfähigkeit zeigen Handlungsoptionen auf. Die neue EU-Kommission muss nun unter veränderten Vorzeichen als vor 5 Jahren agieren und steht vor der Aufgabe, konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zu identifizieren und umzusetzen (Tabelle 2).

Im internationalen Standortwettbewerb darf der *Dekarbonisierungsprozess* nicht als Hindernis, sondern muss als Teil der Standortqualität verstanden werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern oder gar zu stärken, bedarf es der ordnungspolitischen Einhegung der Klimapolitik. Der Preismechanismus ist deshalb für die CO₂-Reduktion zentral, muss aber von weiteren Maßnahmen aufgrund der Fristen- und Risikotransformation flankiert werden.

Die Ausreifung neuer Geschäftsmodelle in der Transformation zur Klimaneutralität ist mit hoher Ungewissheit und entsprechendem Zeitbedarf verbunden. Die dadurch zumindest vorübergehend abnehmende Wettbewerbsfähigkeit kann den Zufluss von Kapital behindern. Für die Dekarbonisierung der Wirtschaft müssen Teile des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks vor dem Zeitpunkt des technisch bedingten Abgangs ersetzt werden. Für diesen Umbau des Kapitalstocks brauchen Unternehmen daher Anschubfinanzierungen oder Kompensationen der Preisnachteile im internationalen Wettbewerb.

Tabelle 2. Europäische Standortfaktoren und Maßnahmen.

Standortbedingung/ Herausforderung	Standortvorteile/Handlungsempfehlung
Dekarbonisierung	CO ₂ -Preis flankieren, EU-Energiebinnenmarkt, Investitionen in europäische Netze
Digitalisierung	Starke Regulatorik (DMA/DAS, AIA), Infrastruktur und (GAIA X) F&E Förderung verstetigen (Horizon Europe)
Binnenmarkt	Kapitalmarkt- und Bankenunion, Investitionsunion, grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte (EPCI), One-in-one-out-Regelung
Demografie	Fachkräfteinwanderung, hohes Engagementniveau und Integrationspotenzial weiter stärken
Verteidigung	PESCO, Verteidigungsunion? Einheitliche Waffensysteme, Beschaffung bündeln

Quelle: Eigene Darstellung.

Außerdem muss die neue EU-Kommission ihre Verantwortung für europäische Lösungen wahrnehmen: Der europäische Stromhandel sollte konsequenter genutzt, ein Energie-Binnenmarkt vollendet werden. Dafür müssen die länderübergreifenden Leitungskapazitäten – einschließlich Seekabeln und Grenzkuppelstellen – weiter ausgebaut werden. Dies fördert nicht nur den Klimaschutz, sondern senkt auch die Energiekosten und stärkt die Resilienz der Stromversorgung (Fischer, 2024).

Neben der grünen Transformation darf die *digitale Transformation* nicht außer Acht gelassen werden. Die Digitalisierung, insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz, birgt das Potenzial für die dringend benötigte Steigerung der Produktivität. Die EU hat mit Richtlinien zum Digital Market and Digital Service Act sowie dem weltweit ersten Gesetz zur Künstlichen Intelligenz (AI Act) eine starke Regulierung, die Rahmenbedingungen setzt, Sicherheit bietet und zum Teil als Vorbild gilt. Die neue EU-Kommission muss jedoch darauf achten, dass Regulierungen, Berichtspflichten und Bürokratie nicht die aus der Digitalisierung generierten Effizienzgewinne abschöpfen.

Ferner gilt, die benötigte digitale Infrastruktur (GAIA X) und die Forschungsförderung (Horizon Europe) zu verstetigen und weiter voranzutreiben. Die doppelte Transformation (grün wie digital) und deren Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit ist abhängig von der Geschwindigkeit ihrer Umsetzung. Daher ist ein Bürokratieabbau geboten, verbunden mit zügigen Verfahren. Regelungen wie die A1-Bescheinigungen, das Lieferkettengesetz und die Datenschutzgrundverordnung mögen politisch begründet sein, sind aber aus wirtschaftlicher Sicht mit hohen Kosten und potenziellen Zielkonflikten verbunden (Hüther et al., 2023).

Europas größtes politisches wie wirtschaftliches Potenzial ist der gemeinsame *Binnenmarkt*. Wie Letta (2024) in seinem Bericht hervorhebt, soll daher die Vollendung des Binnenmarkts durch eine „Spar- und Investitionsunion“ – im Kern getragen durch eine Kapitalmarkt- und Bankenunion – umgesetzt werden. Letzteres würde auch zur Förderung grenzüberschreitender Infrastrukturprojekte (wie die European Projects of Common Interest - EPCI) beitragen, was wiederum die Standortattraktivität des Wirtschaftsraums verbessern würde. Die Strahlkraft des europäischen Friedensprojekts steht und fällt mit der Attraktivität des Binnenmarkts. Mit ihr kann die EU sowohl ihre Anziehungskraft für neue Mitgliedstaaten hochhalten als auch ihre

Verhandlungsposition bei internationalen (Freihandels-) Abkommen ausbauen.

Eine häufig unterschätzte, jedoch gravierende Herausforderung stellt der *demografische Wandel* dar. Auf die EU und das durch die Ein-Kind-Politik geprägte China kommt ein massives Alterungsproblem zu: Im Jahr 2050 wird der Altenquotient in Deutschland bei 64 Prozent und in China bei 59 Prozent liegen. In den USA wird der Anteil der über 65-jährigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bei schätzungsweise 47 Prozent liegen (UN DESA, 2022). Der Leitspruch aus dem ersten World Competitiveness Yearbook von 1989: „[...] no matter what the point of view, international competitiveness is ultimately shaped by the quality of the country's human resources“ (IMD, 1989, S. 44), behält auch heute seine Gültigkeit.

Wenn die EU im internationalen Standortwettbewerb, insbesondere mit den demografisch besser aufgestellten USA, bestehen möchte, muss sie Wege finden, um Produktivitätswachstum und Transformationsprozesse trotz eines geringeren Arbeitsvolumens zu realisieren. Ein Standortvorteil Europas ist die Attraktivität als Migrationsziel, wofür neben den stabilen politischen Institutionen die Zivilgesellschaft mit einem hohen Engagementniveau und Integrationspotenzial beiträgt. Dagegen sind die USA gesellschaftlich stark fragmentiert (Hüther et al., 2024). Dennoch bleibt die EU ein Zusammenschluss unvorhersehbarer Demokratien, weshalb die Gewährleistung von Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit weiterhin eine zentrale Aufgabe darstellt.

Der russische Angriffskrieg auf europäischem Boden ist eine Zäsur für Europas *Sicherheitsarchitektur*. Seit dem Krieg muss der Sicherheitsbegriff neu und breiter definiert werden (Cyber Security, hybride Kriegsführung, Beeinflussung von Wahlen). Denn die Gewährleistung der nationalstaatlichen und demokratischen Sicherheit bildet eine unverzichtbare Grundlage unseres Wirtschaftssystems. Um ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen, muss die EU die militärischen Strukturen auf weniger Waffensysteme vereinheitlichen und Aufwendungen in die Nationale Sicherheit und die Beschaffung bündeln. Die bisherigen europäischen Maßnahmen (Europäische Friedensfazilität, Europäisches Verteidigungsinvestitionsprogramm und Europäische Verteidigungsfonds) sind aber unzureichend ausgestattet. Die gemeinsame Beschaffung, PESCO, sollte als Startpunkt für eine tiefgreifendere europäische Integration hin zu einer Verteidigungsunion fungieren (Fremerey und Gerards, 2024).

Die Betonung der Wettbewerbsfähigkeit führt weltweit zu einer verstärkten Hinwendung zur Industriepolitik. Die Zahl entsprechender Interventionen hat sich in den Jahren 2021 und 2022 im Vergleich zur Phase vor der Corona-Pandemie global mehr als verdoppelt, der Großteil der Maßnahmen konzentriert sich dabei auf die EU und andere OECD-Länder (Juhász et al., 2023). Mehr als ein Drittel aller politischen Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit dem strategischen Wettbewerb; über ein Viertel wird im Zuge der Klimapolitik umgesetzt (Abbildung 1).

Vor diesem Hintergrund muss die EU einen Balanceakt meistern zwischen der Stärkung ihrer eigenen Wettbewerbsfähigkeit und der Vermeidung eines Subventionswettlaufs, den sie gegen China und die USA nur verlieren würde. Der politische Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit birgt das Risiko ineffizienter Ressourcennutzung durch fragwürdige Industriepolitiken und protektionistische Maßnahmen, die potenziell in einem Handelskonflikt münden können. Der Politik droht eine angebotspolitische Überforderung. Subventionen für multinationale Unternehmen, wie sie derzeit häufig gewährt werden, widersprechen dabei aktuellen Forschungsergebnissen. Diese zeigen, dass Investitionssubventionen zwar generell die Beschäftigung fördern, dieser Effekt jedoch ausschließlich bei kleinen Unternehmen auftritt. Große Unternehmen nehmen die Subventionen an, ohne ihre Aktivität zu steigern (Criscuolo et al., 2019). Daher muss die Politik ex ante konzeptionell klären, welche Art von Industriepolitik für welche Industrien geeignet ist, wobei horizontale Industriepolitik zur Stärkung allgemeiner Standortfaktoren ordnungs-

politisch begründet werden kann (Fremerey und Hüther, 2023).

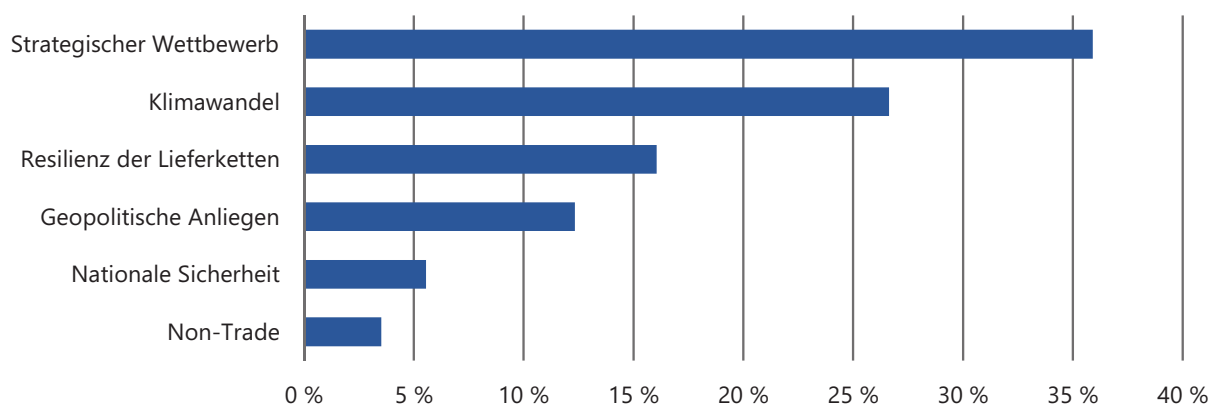
5. Fazit: Gemeinsame Orientierungspunkte in unsicheren Zeiten

Angesichts der wachsenden Herausforderung durch die Dekarbonisierung der Wirtschaft, durch die sich anbahnende erfolgreiche Re-industrialisierung in den USA und durch die trotz Schwächephasen starke Innovationskraft Chinas muss die EU ihr Konzept der Wettbewerbsfähigkeit neu kalibrieren. Daher ist es für die EU wichtig, ihre Kräfte zu bündeln und *mehr Europa* an der richtigen Stelle zu implementieren (Fremerey und Gerards, 2024).

Ein zentrales Problem in der EU ist, dass politische Absichtserklärungen oft nicht mit angemessenen finanziellen Ressourcen umgesetzt werden können. Die begrenzte Wirkung bisheriger Maßnahmen, wie die Einführung einer Plastikabgabe, stellt die EU vor die Aufgabe, ihre Budgetstruktur zu überdenken oder sogar zu erweitern und neu aufzustellen (Fremerey und Gerards, 2024). Es mangelt aber nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern auch an einer engeren Kooperation der nationalen Regierungen (grenzüberschreitende Infrastruktur, Perspektiven für europäische Integration).

So hat jeder seine Rolle zu finden und zu erfüllen: Die EU-Mitgliedstaaten müssen erkennen, dass sie nur mit den gebündelten Kräften im internationalen Standortwettbewerb bestehen können. Die EU wiederum muss die allgemeinen Standortbedingungen hinsichtlich der grünen und digitalen Transformation verbessern, die Integration des Binnenmarktes (grenzüberschreitende

Abbildung 1. Anteil industriepolitischer Maßnahmen seit Januar 2023.



Anmerkungen: seit Januar 2023, Stand: 26. Juni 2024.
Quelle: Global Trade Alert (2024).

Projekte mit Investitionsunion, Banken- und Kapitalmarktunion) vorantreiben und ihre Stärken bewahren, wie die gesellschaftliche Resilienz und starke demokra-

tische politische Institutionen. Nur so kann Europa in einer komplexen und unbeständigen Welt seine Position behaupten.

Referenzen

- Clinton, W. J. (1993). *The Avalon Project at Yale Law School. First Inaugural Address of William J. Clinton*. Abgerufen am 21. Mai von https://avalon.law.yale.edu/20th_century/clinton1.asp.
- Criscuolo, C., Martin, R., Overman, H. G. & Van Reenen, J. (2019). Some causal effects of an industrial policy. *American Economic Review*, 1, S. 48–85.
- Delgado, M. & Porter, M. E. (2021). *Clusters and the Great Recession*. Abgerufen am 23. Mai 2024 von https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3819293.
- Delors, J. (1993). *Giving a new dimension to the fight against exclusion*. Abgerufen am 10. Juni 2024 von ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_93_443.
- Fischer, A. (2024). Europäischer Stromhandel: Gut für Klima und Portemonnaie. *IW-Kurzbericht*, 30, S. 1–3.
- Fremerey, M. & Hüther, M. (2023). Ordnungspolitik in Krisenzeiten – Eine ordnungspolitische Bewertung aktueller wirtschaftspolitischer Handlungsstränge. *DICE Ordnungspolitische Perspektiven*, 113, S. 1–34.
- Fremerey, M. & Sommer, J. (2023). Standortwettbewerb im Wandel. *IW-Kurzbericht*, 81, S. 1–3.
- Fremerey, M. & Gerards Iglesias, S. (2024). Europäische Union: Institutionelle Verharrung oder Delors-Plan 2.0. In K. Bergmann & M. Diermeier (Hrsg.), *Transformationspolitik. Anspruch und Wirklichkeit der Ampel-Koalition* (S. 323–334). Bielefeld: transcript.
- Global Trade Alert. (2024). *Independent monitoring of policies that affect world commerce*. Abgerufen am 26.6.2024 von <https://www.globaltradealert.org>.
- Hüther, M. (2019). Wozu Regionalpolitik? Wo liegt das Problem? *Wirtschaftsdienst*, 13, S. 3–9.
- Hüther, M., Fremerey, M., Gerards Iglesias, S. & Parthie, S. (2023). Europa muss den nächsten Schritt wagen: Delors-Plan 2.0. *IW-Policy Paper*, 4, S. 1–23.
- Hüther, M., Fremerey, M. & Gerards Iglesias, S. (2024). Zur Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland: sortierende Bemerkungen. *Wirtschaftsdienst*, 3, S. 175–179.
- International Institute for Management Development. (1989). *IMD world competitiveness yearbook*. Lausanne: IMD.
- Juhász, R. Lane, N. J. & Rodrik, D. (2023). The New Economics of Industrial Policy. *NBER Working Papers*, 31536.
- Krugman, P. (1994). Competitiveness: A Dangerous Obsession. *Foreign Affairs*, 2, S. 28–44.
- Letta, E. (2024). *Much more than a market. Speed, security, solidarity. Empowering the single market to deliver a sustainable future and prosperity for all EU citizens*. Abgerufen am 29. Mai 2024 von <https://www.consilium.europa.eu/media/ny3j24sm/much-more-than-a-market-report-by-enrico-letta.pdf>.
- Meckl, R. & Rosenberg, C. (1995). Neue Ansätze zur Erklärung internationaler Wettbewerbsfähigkeit. *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (ZWS)*, 2, S. 211–230.
- OECD. *Productivity growth rates*. Abgerufen am 10.07.2024 von [https://data-explorer.oecd.org/vis?df\[ds\]=dsDisseminateFinalDMZ&df\[id\]=DSD_PDB%40DF_PDB_GR&df\[ag\]=OECD.SDD.TPS&df\[vs\]=1.0&dq=USA%2BEU27_2020.A.GDPHRS.....&lo=LASTNPERIODS&lo=5&to\[TIME_PERIOD\]=false&vw=tb](https://data-explorer.oecd.org/vis?df[ds]=dsDisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_PDB%40DF_PDB_GR&df[ag]=OECD.SDD.TPS&df[vs]=1.0&dq=USA%2BEU27_2020.A.GDPHRS.....&lo=LASTNPERIODS&lo=5&to[TIME_PERIOD]=false&vw=tb).
- Porter, M. (1990). *The Competitive Advantage of Nations*. New York: Free Press.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (1988). *Arbeitsplätze im Wettbewerb*. Jahresgutachten 1988/89. Abgerufen am 10.07.2024 von <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/1103478.pdf>.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (1995). *Im Standortwettbewerb*. Jahresgutachten 1995/96. Abgerufen am 10.07.2024 von <https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/download/gutachten/1303016.pdf>.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division. (2022). *World Population Prospects 2022*. Abgerufen am 30. Mai 2024 von <https://population.un.org/wpp/>.

Europe's test: competitiveness in a changing world

Competitiveness is increasingly becoming a political focus. In times of geopolitical uncertainty, a trend of de-globalization and changing economic structures, the EU must assert itself as a business location in the competition between nations. Location characteristics such as a successful digital and green transformation in the face of increasingly scarce human capital, an incomplete internal market and inadequate defense capabilities are important. A high level of competitiveness is only possible with a European single market that is equipped with sufficient resources and a sound cooperation between the member states in the EU.

© Der/die Autor:in 2024. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).